



Tonnage Tax: Neues Sonderrecht für einzelne Konzerne

Die Kaufkraft der Menschen hierzulande ist unter Druck. Gleichzeitig explodieren die Gewinne der Konzerne und Grossaktionäre. Dies ist politisch so gewollt: Im Parlament sitzen zahlreiche Lobbyisten. Sie vertreten die multinationalen Konzerne, die Versicherungen und Krankenkassen, die Banken oder auch die Immobilienbranche. Das Nachsehen dieser Politik haben alle ohne Millionengehalt. Nun will die bürgerliche Mehrheit ein weiteres Sonderrecht für einige wenige Konzerne einführen. Der Nationalrat hat in der Wintersession beschlossen, dass er die sogenannte Tonnage Tax einführen will. Mit der Tonnage Tax sollen Schifffahrtsunternehmen mit Sitz in der Schweiz nicht mehr nach ihrem Gewinn besteuert werden, sondern wahlweise auch nach ihren Transportkapazitäten. Die Konsequenz: Schifffahrtsunternehmen und die damit eng verbundene Rohstoffbranche zahlen in Zukunft weniger Steuern. Niemand weiss, welche finanziellen Auswirkungen das hätte – die rechte Mehrheit hat es nicht für nötig gehalten, die Steuerausfälle zu kalkulieren. Wenn der Ständerat diesen Entscheid nicht korrigiert, ist für die SP klar, dass ein Referendum nötig ist.

Die Tonnage Tax ist ein Steuerschlupfloch für Rohstoffmultis

Von der Tonnage Tax profitieren nicht nur Schifffahrtsunternehmen, sondern insbesondere die Skandalbranche der Rohstoffhändler und Rohstoffkonzerne. Diese verfügen nämlich in vielen Fällen auch über maritime Transportkapazitäten. In Zukunft werden die Rohstoffmultis deshalb versuchen, ihre Gewinne im Transportbereich aufzublasen, um vom neuen Sonderrecht zu profitieren. Das steht in grossem Widerspruch zur OECD-Mindeststeuer. Diese sieht vor, dass Grosskonzerne mit einem Umsatz über 750 Millionen Euro im Jahr im Minimum 15 Prozent Gewinnsteuern zahlen. Die Tonnage Tax ermöglicht den Rohstoffmultis, diese Mindeststeuer zu umgehen und schafft damit ein neues Steuerschlupfloch.

Eine Bank kann nicht einfach entscheiden, dass sie lieber nach dem Volumen ihrer Tresore besteuert werden möchte anstatt nach Gewinn. Genau so wenig kann eine Privatperson wählen, ob sie lieber nach Einkommen oder Körpergrösse besteuert wählen will. Genau diese fragwürdige Wahlmöglichkeit sieht die Tonnage Tax aber für Reedereien und Rohstoffmultis vor. Sie können in Zukunft Millionen von Franken an Steuern sparen, indem sie die Besteuerungsmethode wählen, die für sie am profitabelsten ist. Hinzu kommt: Mit der Tonnage Tax wird ausgerechnet eine Branche privilegiert, wo Klima- und Umweltüberlegungen wenig Gewicht haben, und wo Angestellte mit Dumping-Löhnen ausgebeutet werden. Die Einführung einer solchen Sondersteuer für eine einzelne Branche ist verfassungsrechtlich mehr als fragwürdig und klar abzulehnen.

Aus diesen Gründen erwartet die SP vom Parlament, dass es bei erneuter Behandlung des Geschäfts von der Einführung der Tonnage Tax absieht und stattdessen die Kaufkraft der Bevölkerung stärkt. Ansonsten wird ein Referendum unumgänglich.